



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und
Rechtsfragen / Vergabe / Internationales**

Frau Stiens

Telefon: (0221) 221-25001

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: verena.stiens@stadt-koeln.de

Datum: 06.05.2013

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 22.04.2013, 15:30 Uhr bis 17:25 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stellv. Vorsitzender

Herr Andreas Wolter GRÜNE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ulrich Breite	FDP	i.V. für Herrn Görzel
Herr Horst Thelen	GRÜNE	i.V. für Frau von Bülow
Herr Jürgen Koch	CDU	i. V. für Herrn Dr. Elster
Herr van Benthem	CDU	i. V. für Herrn Granitzka

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD	
Frau Monika Möller	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Frau Gisela Manderla	CDU	
Herr Werner Marx	CDU	
Herr Manfred Richter	GRÜNE	bis 17.15 Uhr
Herr Frank Maul	PRO KÖLN	bis 17.10 Uhr

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz Dieter Klein auf Vorschlag der SPD

Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD	ab 15.50 Uhr
Herr Oliver Kreams	SPD	ab 15.40 Uhr
Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU	
Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU	ab 15.40 Uhr
Herr Ralf Klemm	GRÜNE	bis 17.20 Uhr
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)	
Herr Rüdiger Dröger	FDP	
Herr Rudolf Schaefers	PRO KÖLN	
Herr Nijat Bakis		

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Adelheid Langes	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft
Herr Mevlüt Ekinci	auf Vorschlag des Integrationsrates

Verwaltung

Frau Beigeordnete Henriette Reker
Herr Werner Adams
Herr Wolfgang Heintz
Frau Ursula Herx
Herr Robert Kilp
Herr Hans-Joachim Mohr
Herr Hans-Jürgen Petry
Herr Frieder Wolf

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

Schriftführerin

Frau Verena Stiens

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE
Herr Volker Görzel	FDP
Herr Winrich Granitzka	CDU
Herr Dr. Ralph Elster	CDU

Herr Wolter begrüßt die Anwesenden und trägt die Vorschläge der Verwaltung zur Aufnahme in bzw. Absetzung von der Tagesordnung vor:

I. Öffentlicher Teil

- 2.1 Forschungsstudie "Die Stadt Köln als kommunaler Akteur im EU-Mehrebenensystem" (EuCoNet)
1156/2013
- 2.2 Auszeichnung der Stadt Köln als "Europaaktive Kommune in Nordrhein-Westfalen"
1153/2013
- 2.3 Absichtserklärung zum EU-Projekt "Chameleon"
1038/2013
- 3.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 01.03.2013
Armutszuwanderung nach Köln
1137/2013
- 3.2 Beantwortung der Anfragen von Herrn Detjen und Frau Koppmann aus der Sitzung des AVR vom 11.03.2013 zu TOP 3.5
Betr. Datenhandel der Stadt Köln
1239/2013
- 4.3 Sanierung des Heinrich-Böll-Platzes
1176/2013
- 4.4 Neues Nichtraucherschutzgesetz NRW (NiSchG NRW) ab dem 01.05.2013
1003/2013
- 4.5 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - März 2013
1256/2013
- 5.1 Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln
1305/2013
- 6.1 Keine Stellflächen für große Zirkusveranstaltungen in Köln
AN/0507/2013
- 10.3 Weiterführung Kindertagesstätte Escher Straße 152
0736/2013
- 10.4 Benennung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für anzeigepflichtige Entlassungen der Agentur für Arbeit Köln
0994/2013
- 10.5 Wertgrenzenkonzept 2013 - TVgG-Binnenmarktrelevanz
1027/2013

- 10.6 Amt für Informationsverarbeitung: Stellenbedarfe 2013
1345/2013
- 10.7 Einleitung eines Satzungsverfahrens zur Festlegung des Gebietes für die Immobilien- und Standortgemeinschaft "IG Kalker Hauptstraße Unternehmergeinschaft (haftungsbeschränkt)" und Erhebung von Abgaben nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften
(ISGG NRW)
1133/2013
- 10.8 Markenprozess Köln
1141/2013

Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Internationales

- 2.1 Forschungsstudie "Die Stadt Köln als kommunaler Akteur im EU-Mehrebenensystem" (EuCoNet)
1156/2013
- 2.2 Auszeichnung der Stadt Köln als "Europaaktive Kommune in Nordrhein-Westfalen"
1153/2013
- 2.3 Absichtserklärung zum EU-Projekt "Chameleon"
1038/2013

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 3.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 01.03.2013
Armutszuwanderung nach Köln
1137/2013
- 3.2 Beantwortung der Anfragen von Herrn Detjen und Frau Koppmann aus der Sitzung des AVR vom 11.03.2013 zu TOP 3.5
Betr. Datenhandel der Stadt Köln
1239/2013

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Antrag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu "Nachbesetzung der Stelle Behindertenbeauftragte/r und Organisationsmodell Diversity Management"
0975/2013

4.2 Abschließende Fortführung einer Untersuchung zur Verbreitung von Rechtsradikalismus im türkischen Milieu
0940/2013

4.3 Sanierung des Heinrich-Böll-Platzes
1176/2013

4.4 Neues Nichtraucherschutzgesetz NRW (NiSchG NRW) ab dem 01.05.2013
1003/2013

4.5 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - März 2013
1256/2013

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

5.1 Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln
1305/2013

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.04.2013
Keine Stellflächen für große Zirkusveranstaltungen in Köln
AN/0507/2013

7 Mündliche Anfragen

8 Anträge

9 Platzvergaben

9.1 Rudolfplatz
hier: Antrag des gemeinnützigen Vereins "ikult" Interkultureller Dialog e. V., Niehler Str. 308, 50735 Köln auf Durchführung des Kulturfestivals "Colonia - Anatolia" vom 24.05. - 26.05.2013 (incl. Auf- und Abbauzeiten vom 23.05. - 27.05.2013) auf dem Rudolfplatz
0990/2013

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Fortführung des museumspädagogischen Sonderprojekts "Wallraf - der Museumsbus" bis 31.10.2013
0823/2013

10.2 Abschluss einer neu gefassten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bearbeitung von Beihilfeangelegenheiten für die Gemeinde Nettersheim durch die Beihilfekasse der Stadt Köln
0481/2013

10.3 Weiterführung Kindertagesstätte Escher Straße 152
0736/2013

- 10.4 Benennung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für anzeigepflichtige Entlassungen der Agentur für Arbeit Köln
0994/2013
- 10.5 Wertgrenzenkonzept 2013 - TVgG-Binnenmarktrelevanz
1027/2013
- 10.6 Amt für Informationsverarbeitung: Stellenbedarfe 2013
1345/2013
- 10.7 Einleitung eines Satzungsverfahrens zur Festlegung des Gebietes für die Immobilien- und Standortgemeinschaft "IG Kalker Hauptstraße Unternehmergeinschaft (haftungsbeschränkt)" und Erhebung von Abgaben nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW)
1133/2013
- 10.8 Markenprozess Köln
1141/2013

II. Nichtöffentlicher Teil

- 11 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**
- 12 Mitteilungen der Verwaltung**
- 13 Schriftliche Anfragen**
- 14 Mündliche Anfragen**
- 15 Anträge**
- 16 Allgemeine Vorlagen**
 - 16.1 Prüfbericht Rückforderungsverfahren bei überzahlten Bezügen bei 11 - Personal- und Organisationsamt
0279/2013
 - 16.2 Prüfbericht Pflege und Nutzung der Unternehmensdatenbank bei 27- Zentrales Vergabeamt
0411/2013
 - 16.3 Abwicklung der Schadensersatzansprüche gegen Unternehmer wegen Korruptionsdelikten bei 30-Rechts- und Versicherungsamt
4011/2012
 - 16.4 Prüfung der Sicherheit im Rechenzentrum Chorweiler
0073/2013

- 16.5 Einleitung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 26 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 7-0909/2013

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

Frau Kronenberg informiert kurz über den Inhalt der Broschüren, die sie zu Beginn der Sitzung an die Ausschussmitglieder verteilt hat. Neben der vom Amt für Gleichstellung herausgegebenen Jahresbilanz 2011/2012, liege zudem die erneut aufgelegte Broschüre "STARK trifft SICHER - Selbstbehauptung und Selbstverteidigung in Bus und Bahn" zur Kenntnisnahme vor, für die man mit der KVB einen weiteren Kooperationspartner habe hinzugewinnen können. Sie ergänzt, diese Broschüre, die sich nun erstmalig auch an behinderte Personen sowie Seniorinnen und Senioren richte, informiere unter anderem über Anbieter von Selbstverteidigungskursen. Darüber hinaus erfahre der Leser /die Leserin, wie man sich in Bus und Bahn auch vor möglichen Übergriffen schützen könne.

2 Internationales

2.1 Forschungsstudie "Die Stadt Köln als kommunaler Akteur im EU-Mehrebenensystem" (EuCoNet) 1156/2013

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Prof. Schubert und Herr Prof. Wessels stellen den Ausschussmitgliedern anhand einer PowerPoint-Präsentation die wichtigsten Ergebnisse der Forschungsstudie vor.

Herr Wolter bedankt sich für den interessanten Vortrag und gibt dem Ausschuss Gelegenheit, Rückfragen zu stellen.

Frau Manderla bittet um nähere Erklärung, mit welcher Zielsetzung die Präsenz der Stadt Köln in Brüssel gestärkt werden müsse. Hinsichtlich des angesprochenen Europazertifikates bitte sie außerdem um kurze Einschätzung, wer dies organisieren solle bzw. mit welchen Kosten hier zu rechnen sei. Außerdem greift sie eine Passage aus dem Vortrag auf und bittet um Information, welche internationalen Gruppen bereits in der Stadtverwaltung getagt hätten. Auch bitte sie hinsichtlich des Erfordernisses der Stärkung dezentraler Kontakte um nähere Erläuterungen.

Vor dem Hintergrund des angesprochenen Optimierungsbedarfes innerhalb der Verwaltung bittet Frau Möller um Information, wie ggfs. eine stärkere Vernetzung und Koordination gewährleistet werden könnte, um so das Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Schulungsangeboten zu stärken.

Herr Wolter bittet um ergänzende Information, inwiefern auch der Bereich der EU-Fördermittel im Rahmen der Studie untersucht worden sei und erklärt, seine Fraktion habe den Eindruck, dass ggfs. auch aufgrund des Stellenabbaus bei der Stadtverwaltung Potenzial verloren gegangen sei, die hier zur Verfügung stehende Fördermittel in Anspruch zu nehmen. Zudem

greift er den Vorschlag hinsichtlich der möglichen Einrichtung eines "Brüsseler Büros" auf und fragt, inwiefern nicht hier auch die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen, z.B. den Stadtwerken oder auch anderen Kommunen, zu überlegen sei. Abschließend bitte er die Verwaltung zur nächsten Sitzung des Ausschusses noch um Mitteilung, wie diese nun mit den genannten Vorschlägen umgehe.

Herr Breite informiert, Frankfurt habe zusammen mit der Region bereits ein solches Büro in Brüssel eingerichtet. Er bittet um Mitteilung, inwiefern es zutrefte, dass Frankfurt über dieses Büro z.B. auch zu Gesprächen zur Gestaltung von EU-Förderrichtlinien eingeladen werde.

Im Zusammenhang mit dem angesprochenen Aspekt der möglichen Mitarbeiterschulungen greift Herr Detjen eine zu diesem Thema bereits geführte Diskussion auf und hinterfragt, inwiefern die Verwaltung sich nicht intensiver für die Durchführung von Fremdsprachenschulungen, z.B. Englischschulungen für Personal des Ausländeramtes, einsetzen sollte. Ergänzend schlägt er die Planung einer Bildungsreise nach Brüssel mit begleitendem Sprachunterricht vor.

Herr Krems bittet die Verwaltung um Mitteilung, wie das Büro für Internationale Angelegenheiten derzeit personell ausgestattet sei und bittet hier um Vorlage einer SOLL/IST-Aufstellung. Außerdem bitte er den Ausschuss darüber zu informieren, wie hier konkret die Aufgaben aufgeteilt seien.

Herr Prof. Schubert erklärt zusammenfassend, der von der EU gewünschte europäische Wettbewerb greife häufig in Bereiche wie die Kommunale Daseinsvorsorge oder die Bildung und somit in das kommunale Selbstverwaltungsrecht ein, was zu bereits bekannten Konflikten führe. Er erläutert, durch den Vertrag von Lissabon wurde für die Kommunen nun eine Möglichkeit geschaffen, frühzeitig z.B. auf die Gestaltung von Förderrichtlinien im Sinne der Kommunen Einfluss zu nehmen. In der Netzwerkforschung sei es wichtig, viele dezentrale Wege zu aktivieren.

Herr Prof. Schubert erklärt weiterhin, mit dem Büro für Internationale Angelegenheiten verfüge die Stadt Köln über ein sehr kompetentes Büro, welches diesen komplexen Anforderungen jedoch nicht alleine gerecht werden könne. Das Forschungsteam plädiere daher unter anderem dafür, dass Experten aus den Dezernaten über ein sogenanntes Europazertifikat ausgebildet werden würden, um so zeitnah erkennen zu können, welche Strategien gerade in Europa verfolgt werden. Über Verbündete, wie Eurocities oder auch das Land, könnten so zeitnah Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Ohne die über z.B. ein Europazertifikat aufgebauten Kompetenzen, würden viele Maßnahmen der EU an der Stadt Köln vorbei getroffen werden.

Herr Professor Wessels informiert ergänzend, der Aufbau einer dezentralen Strategie verlange darüber hinaus zumindest Grundkenntnisse der englischen Sprache. Bei den Überlegungen hinsichtlich eines Europazertifikates sollte auch der Aufbau der sogenannten SoftSkills, z.B. über die Durchführung eines Simulationsspiels, berücksichtigt werden. Bei näheren Rückfragen zur Einrichtung des Europazertifikates, welches nach seinen Einschätzungen keinen allzu großen finanziellen Aufwand darstellen sollte, seien er und seine Kollegen der Universität Köln gerne zu einer weiteren Beratung bereit. Informationen über das Frankfurter Büro lägen leider nicht vor; allerdings habe man mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stuttgarter Büros sprechen können. Die Gespräche haben den über die Studie gewonnenen Eindruck bestätigen können, dass eine Teilnahme der Kommunen an der Rechtsgestaltung der EU durchaus gewollt sei. Er würde der Stadt Köln jedoch empfehlen, ihre Interessen zusammen mit Verbündeten, wie z.B. dem Land NRW oder anderen Kommunen, vorzugsweise über ein dezentrales Büro in Brüssel vor Ort zu vertreten.

Herr Mohr bittet um Beachtung, die Verwaltung werde nun auf der Grundlage der vorliegenden Ergebnisse der Forschungsstudie eine Wertung hinsichtlich der enthaltenen Vorschläge vornehmen. Er erläutert, diese werde eine Evaluation der Umsetzbarkeit sowie des ggfs. hieraus resultierenden Kostenaufwandes beinhalten. Sobald die Verwaltung, auch im Kontext

aller von der Stadt wahrzunehmenden Aufgaben, sich hierzu eine Meinung gebildet habe, werde der Ausschuss über das Ergebnis entsprechend informiert.

**2.2 Auszeichnung der Stadt Köln als "Europaaktive Kommune in Nordrhein-Westfalen"
1153/2013**

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**2.3 Absichtserklärung zum EU-Projekt "Chameleon"
1038/2013**

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

**3.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 01.03.2013
Armutszuwanderung nach Köln
1137/2013**

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Manderla bedankt sich bei der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung der Anfrage ihrer Fraktion.

Herr Krems nimmt Bezug auf eine Passage aus der vorliegenden Mitteilung, wonach mit einem längeren Aufenthalt der Zuwanderer in Deutschland zu rechnen sei und ergänzt, in diesem Zusammenhang müsste ggfs. auch über das Erfordernis des Erwerbes der deutschen Sprache nachgedacht werden. Er fügt hinzu, der Bezirksvertretung Kalk läge gerade ein entsprechender Antrag für bezirksorientierte Mittel vor und fragt, inwiefern es diesbezüglich ggfs. bereits stadtweite Angebote gäbe.

Frau Reker weist in diesem Zusammenhang auf das in der Vorlage näher erläuterte Angebot in den Kölner Schulen hin und sichert dem Ausschuss eine ergänzende Mitteilung zu.

**3.2 Beantwortung der Anfragen von Herrn Detjen und Frau Koppmann aus der Sitzung des AVR vom 11.03.2013 zu TOP 3.5
Betr. Datenhandel der Stadt Köln
1239/2013**

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

**4.1 Antrag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu "Nachbesetzung der Stelle Behindertenbeauftragte/r und Organisationsmodell Diversity Management"
0975/2013**

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Der Ausschuss hat vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, TOP 5.1, "Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln", vorzuziehen und ihn gemeinsam mit der Mitteilung unter TOP 4.1 zu behandeln.

Herr Wolter bittet hinsichtlich des Kommunalen Integrationszentrums (KIZ) um ergänzende Information, wie sich hier die Förderung des Landes niederschläge. Außerdem fragt er, inwiefern die Stelle "Behindertenbeauftragte / Behindertenbeauftragter" in ihrer bisherigen Funktion bestehen bliebe. Darüber hinaus lägen ihm Informationen aus der Stadt AG Lesben, Schwule und Transgender vor, wonach gerade im Lesbenbereich ein verstärkter Beratungsbedarf bestehe. Angesichts des vorgelegten Konzeptes bzw. des Stellenabbaus in diesem Bereich bitte er daher um nähere Erläuterung.

Auf Rückfrage von Herrn Breite erklärt Frau Reker, bei den in der bisherigen Organisationseinheit im Referat für Lesben, Schwule und Transgender (LST) ausgewiesenen Stellen handele es sich um SOLL-Stellen.

Herr Breite bittet vor diesem Hintergrund um weitere Information, wie es sich hier mit den übrigen für die vier bisherigen Organisationseinheiten ausgewiesenen Stellen verhalte und ergänzt, der Gedanke eines Diversity-Managements zielen nicht primär auf die Einsparung von Stellen ab.

Herr Detjen äußert seine Verwunderung darüber, dass die in der ursprünglichen Ratsvorlage erwähnten Aufgaben des Gleichstellungsamtes in der vorgelegten Mitteilung keine Berücksichtigung mehr finden würden. Bezug nehmend auf Presseberichterstattungen bitte er daher um Information, inwiefern die Gleichstellungsbeauftragte an der Erstellung des Konzeptes beteiligt worden sei.

Außerdem bitte er um Information, warum das Personal- und Organisationsamt als Verfasser der Vorlage ausgewiesen werde und insbesondere, warum Frau Reker als Sozialdezernentin diese Mitteilung scheinbar nicht mitgezeichnet habe. Außerdem bedauere er, dass nicht zunächst, auch in Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat und der Behindertenbeauftragten, eine gemeinsame inhaltliche Diskussion geführt und angeregt worden sei. Statt dem Ausschuss zunächst ein inhaltliches Konzept bzw. Leitbild zur Beratung vorzulegen, werde ein Personalkonzept vorgelegt, welches z.B. Stellenkürzungen im Integrationsbereich beinhalte. Er befürchte, dass die durch diese Herangehensweise ggfs. hervorgerufene Empörung dazu führen könnte, dass zukünftig weniger auf die Leistungen der neuen Organisationseinheiten geachtet wird, als dass die vorgenommenen Stellenkürzungen im Gedächtnis blieben.

Herr Wolter merkt an, seine Fraktion habe die Mitteilung überwiegend mit Zustimmung zur Kenntnis genommen. Sie verdeutliche, dass das Thema Diversity von der Verwaltung ernst genommen und gestärkt werde. Da in der Vergangenheit vor allem auch die Abgrenzung der einzelnen Verantwortungen und Zuständigkeiten eine Herausforderung darstellte, hoffe er, dass auch diesbezüglich eine abschließende Regelung erfolgen werde. Er ergänzt, die deutliche Abgrenzung und Hervorhebung der einzelnen Bereiche halte er für besonders wichtig, da dies eine der Grundlagen der Diversity-Politik sei. Vor dem Hintergrund der angesprochenen Kürzung im Bereich des Referates LST fügt er hinzu, seine Fraktion befürworte insbesondere die Erhaltung dieses Bereiches, der auf einer Ebene mit den übrigen Bereichen stehe. Herr Wolter ergänzt abschließend, seine Fraktion hätte sich auch, in Anlehnung an die Organisationsmodelle anderer Städte, vorstellen können, die freiwilligen Bereiche des Gleichstellungsamtes in das Konzept mit einzubeziehen.

Frau Reker nimmt Bezug auf die zu Beginn von Herrn Wolter gestellten Fragen und informiert, hinsichtlich der Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums werde dem Rat im Mai 2013 eine entsprechende Vorlage zur Beschlussfassung vorgelegt. Sie erklärt des Weiteren, die Stadt erhalte bereits eine Landesförderung für die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA); darüber hinaus fördere das

Land NRW zwei Lehrerstellen. Die zusätzliche Förderung, die die Stadt über die Einrichtung des KIZ erhalte, werde sich in voraussichtlich 1 ½ weiteren Stellenzusetzungen in diesem Bereich niederschlagen.

Frau Reker versichert außerdem, die Stelle der Behindertenbeauftragten werde wiederbesetzt werden. Wie auch bereits mit Vertretern der Behindertenverbände besprochen, werde eine kleine personelle Einsparung vorgenommen werden, die jedoch über die durch das neue Organisationsmodell erzielten Synergieeffekte aufgefangen werde.

Unter Bezugnahme auf Herrn Detjens Frage erklärt Frau Reker, Organisationsmodelle würden dezernatsübergreifend im Personal- und Organisationsamt gefertigt und ergänzt, als Sozial und Integrationsdezernentin habe sie die vorgelegte Mitteilung darüber hinaus mitgezeichnet.

Vor dem Hintergrund der durch den Ratsauftrag und die Vorgabe des Oberbürgermeisters vorgegebenen Rahmenbedingungen, sei dieses Modell unter Berücksichtigung der Einsparvorgaben gemeinsam erarbeitet worden. Sie ergänzt, die Vorlage stelle lediglich eine mögliche organisatorische Zusammenfassung der genannten Themenbereiche dar, auf deren Grundlage nun eine ausführliche, inhaltliche Diskussion geführt werde. An der letztendlichen Erarbeitung eines inhaltlichen Konzeptes würden selbstverständlich auch alle betroffenen Bereiche beteiligt werden.

Herr Figgen erklärt des Weiteren, Organisationsmodelle würden auf der Grundlage der im Stellenplan enthaltenen SOLL-Stellen entwickelt. Er erläutert, eine Stelle im Bereich des Referates LST sei einem Ratsbeschluss entsprechend mit einer Bewirtschaftungseinschränkung versehen, die eine entsprechende Kompensation an anderer Stelle fordere. Aufgrund mangelnder Kompensationsmöglichkeiten, habe eine Besetzung der Stelle bisher nicht erfolgen können. Darüber hinaus sei derzeit im Bereich des RAA eine halbe Stelle und im Interkulturellen Referat nun aktuell zwei Stellen vorübergehend unbesetzt. Wie dem vorliegenden Organigramm zu entnehmen, seien mit der Absetzung von 5,5 Stellen im Bereich des Interkulturellen Referates und 1,5 Stellen im Bereich des Referates LST auch die Einsparvorgaben des Finanzausschusses umgesetzt worden. Zu den verbleibenden 11,64 Planstellen stünden zur Aufgabenerledigung zudem, sofern die Landesförderung weiter wie bisher fortgesetzt werde, zwei durch das Land geförderte Lehrerstellen zur Verfügung. Herr Figgen fügt abschließend hinzu, die Umsetzung der Einsparvorgaben (Stellenabbau) müsse erst zum 01.01.2014 erfolgen.

Frau Langes berichtet, mit Unterstützung der Verwaltung sowie dem engagierten Einsatz der Behindertenbeauftragten, haben die Behindertenorganisationen im Bereich der Behindertenarbeit große Erfolge erzielen können. So habe die Stadt Köln z.B. durch eine von der Behindertenbeauftragten initiierte Bewerbung unter dem Aspekt der "Barrierefreiheit" bei einem Wettbewerb der EU einen der vordersten Plätze belegt. In der Stadt-AG Behindertenpolitik habe man nun die große Befürchtung, dass das Aufgabengebiet der Behindertenbeauftragten im Rahmen der Überlegungen zum Thema Diversity teilweise oder auch komplett wegfallen könnte. Insbesondere vor dem Hintergrund der großen Fortschritte in diesem Bereich bitte sie darum, dies bei der Einführung des neuen Organisationsmodells zu berücksichtigen.

Herr Wolter bittet darum, die vakanten Stellen möglichst zeitnah und darüber hinaus mit Personen zu besetzen, die neben einer Identifikation mit den einzelnen Bereichen auch über großen Sachverstand verfügen sowie Einsatzbereitschaft mitbringen sollten.

Frau Kronenberg nimmt ergänzend Bezug auf Herrn Detjens und Herr Wolters Fragen und informiert: Wenn man dem Gedanken der Gender-Strategie folge, also eine Differenzierung nach Frauen und Männern (Kerndifferenzierung) vornehme, könne dies in der Folge zu sozialen Kategorisierungen der Vielfalt führen.

Konkret könne also nach der Analyse Mann/Frau eine Differenzierung nach Lebenslagen, Alter, Herkunft bzw. sexueller Orientierung erfolgen. Nach wissenschaftlicher und zudem überwiegend herrschender Meinung sei Gender als übergeordnete Strategie anzusehen, und nicht als Teil von Diversity. Beide Strategien sollen parallel implementiert werden. In die Über-

legungen zur Einführung eines Diversity-Managements sei dies miteinbezogen worden.

Frau Kronenberg ergänzt, mit wenigen Ausnahmen (z.B. Heidelberg) hätten sich nahezu aktuell alle Kommunen diesem Gedanken angeschlossen. Sie fügt hinzu, bei der Stadt Köln gäbe es z.B. auch im Personal- und Organisationsamt Diversity-Aufgaben, die sich nicht in der neuen Organisationseinheit 5001 wiederfinden.

Sie bittet zu beachten, dass artverwandte Aufgaben, die organisatorisch nicht zusammengeführt sind, eine Kooperation nicht ausschließen. So habe das Gleichstellungsamt z.B. den girl's day in Zusammenarbeit mit der Behindertenbeauftragten oder das Fachhochschulprojekt "Eminas Arbeitsplatz" gemeinsam mit dem Interkulturellen Referat durchgeführt.

Frau Reker bittet abschließend um Beachtung, das Thema Diversity könne unterschiedlich betrachtet werden. Die Verwaltung habe sich nun für das vorgestellte Modell entschieden. Sie weist abschließend darauf hin, dass zwischen der Organisation und dem eigentlichen Konzept zu unterscheiden sei.

4.2 Abschließende Fortführung einer Untersuchung zur Verbreitung von Rechtsradikalismus im türkischen Milieu 0940/2013

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau dos Santos Herrmann merkt an, auch aufgrund der durch die 1. Studie bereits gewonnenen Erkenntnisse halte sie es für wichtig, diesen Bereich des Rechtsradikalismus weiter zu untersuchen. Sie bitte außerdem um Mitteilung, inwiefern die nun fehlende Förderung auf Landesebene mit der Entscheidung zusammenhänge, die Studie zunächst nicht fortzuführen. Auch bittet sie um Information, was die Verwaltung unternehme, die nun fehlenden finanziellen Mittel zu akquirieren bzw. mit welchen Partnern sie sich ggfs. bereits im Gespräch befinde.

Frau Reker informiert, die Zusage des Landes habe sich nur auf das Jahr 2012 bezogen; die zunächst auch für 2013 in Aussicht gestellte Landesförderung werde es nicht geben. Sie erläutert, diese Entscheidung sei jedoch ausschließlich auf eine vor dem Hintergrund der Einsparvorhaben erfolgte Prioritätensetzung des Landes zurückzuführen. Frau Reker betont, auch die Verwaltung sei sehr an einer Fortführung der Studie interessiert und bestätigt, die Verwaltung befinde sich hier auch weiterhin in ständigem Austausch mit dem Land. Hinsichtlich der Frage, mit welchen möglichen Partnern die Stadt sich weiterhin im Gespräch befinde, sichert sie dem Ausschuss die Vorlage einer weiteren Mitteilung zu.

4.3 Sanierung des Heinrich-Böll-Platzes 1176/2013

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Möller bedankt sich für die Vorlage der Mitteilung. Darüber hinaus vermisse sie jedoch weiterhin Vorschläge zu der Frage, wie die Befahrung des Heinrich-Böll-Platzes zukünftig verhindert bzw. deutlich eingeschränkt werden könne. Sie appelliert, solange diese Frage nicht geklärt sei, würde eine Sanierung des Platzes auf Dauer wenig Sinn machen.

Herr Neuenhöfer informiert zunächst, um die Sanierung des Heinrich-Böll-Platzes nicht weiter zu gefährden, werden die bisher gemeinsam behandelten Aufgabenstellungen "Schutz des Roncalliplatzes" und "Schutz des Heinrich-Böll-Platzes" etwas voneinander abgekoppelt. Er ergänzt, Prüfungen der Verwaltung haben ergeben, dass eine vollständige Sperrung des

Heinrich-Böll-Platzes möglich sei. Darüber hinaus seien bereits Pfosten gesetzt worden, die jedoch im Bereich des Eingangs des Museums Ludwig und auf der Bahnhofseite zum Teil noch herausnehmbar seien. Das teilweise Befahren des Platzes werde unter anderem noch geduldet, da die Verwaltung im Sinne der Verkehrssicherungspflicht diesen noch selber mit eigenen Unterhaltungsfahrzeugen befahren müsste. Er ergänzt, nach erfolgter Sanierung würden die Poller durch fest installierte Poller ersetzt und somit ein Befahren des Platzes abschließend unterbunden werden können.

4.4 Neues Nichtraucherschutzgesetz NRW (NiSchG NRW) ab dem 01.05.2013 1003/2013

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Manderla informiert, während das Ordnungsamt nach ihren Information für das achtlose Wegwerfen von Zigarettenstummeln ein Bußgeld von 30,00 € verhängt, betrage das Bußgeld bei der KVB hier lediglich 15,00 €. Sie bitte daher um Information, inwiefern die Stadt ggfs. bereits Gespräche mit der KVB zur Festlegung eines einheitlichen Bußgeldes von 30,00 € führe.

Herr Breite merkt an, entgegen der Formulierungen auf Seite 2 der Mitteilung, seien lt. der bisherigen Regelungen in Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Universitäten und Fachhochschulen Ausnahmeregelungen bzw. die Einrichtung sogenannter Raucherräume zulässig gewesen. Zudem habe sich die Rot/Grüne Landesregierung dahingehend geeinigt, diese Ausnahmeregelung in Flughäfen beizubehalten und die Einrichtung von Raucherräumen zuzulassen. Er ergänzt, die Aufhebung der Unterscheidung zwischen Zigaretten und anderen Produktgruppen, wie z.B. elektrischen Zigaretten, befürworte er.

Herr Breite äußert außerdem seine Verwunderung über eine Pressemitteilung, wonach Herr Stadtdirektor Kahlen nun auch die privaten Wohnräume der Studentenwohnheime auf Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes überprüfen wolle und bittet hier um nähere Information.

Herr Wolter merkt an, durch das neue Nichtraucherschutzgesetz beseitige NRW nun als eines der letzten Bundesländer im nationalen Vergleich die bisher vorhandenen Wettbewerbsverzerrungen. Die Aufhebung der bisherigen Ausnahmeregelungen könne er nur begrüßen. In diesem Zusammenhang nimmt er ergänzend Bezug auf eine Passage aus der Mitteilung, wonach bei einer "geschlossenen Gesellschaft" aufgrund einer mangelnden rechtlichen Begriffsdefinition der Gastronomie erneut Schlupflöcher geboten werden. Er informiert, auf den Internetseiten des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW sei dies hingegen genau definiert.

Herr Kilp bedankt sich für die Anmerkung und bestätigt, das Ministerium habe auf seiner Internetseite zu dieser Frage nähere Informationen, wie einen ausführlichen Frage-/ Antwortkatalog hinterlegt, der zum Teil als Grundlage zur Erstellung der vorliegenden Mitteilung gedient habe. Sollten sich ggfs. interpretationsbedingte Abweichungen feststellen lassen, werde dies selbstverständlich korrigiert und der Ausschuss entsprechend informiert werden.

Herr Kilp erklärt darüber hinaus, hinsichtlich der Einleitung von Bußgeldverfahren bzw. der Verhängung von Verwarngeldern sei eine Einigung mit der KVB angestrebt. Das Ordnungsamt könne im gesamten U-Bahnbereich ein Bußgeld von üblicherweise 35,00 € verhängen und ergänzt, unter anderem diese Frage werde jedoch auch noch auf einer am 02.05.2013 stattfindenden Konferenz der Ordnungsämter der Länder gemeinsam thematisiert werden. Vor dem Hintergrund, dass die KVB auf der Gleisebene des U-Bahnbereiches lediglich Bußgelder i.H.v. 15,00 € verhängt, unterstütze er zudem die Forderung, auch auf kommunaler Ebene eine Vereinheitlichung des Bußgeldbetrages zu erreichen. Aus diesem Grunde würden bereits entsprechende Gespräche mit der KVB geführt.

Unter Bezugnahme auf Herrn Breites Rückfrage erklärt er abschließend, es obliege den Stu-

denenwohnheimen hinsichtlich der privaten Wohnräume ein Rauchverbot auszusprechen sowie ggfs. auch dessen Einhaltung zu überprüfen.

4.5 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - März 2013 1256/2013

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

5.1 Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln 1305/2013

Der Tagesordnungspunkt wurde vorgezogen und gemeinsam mit der Mitteilung unter TOP 4.1 behandelt.

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.04.2013 Keine Stellflächen für große Zirkusveranstaltungen in Köln AN/0507/2013

7 Mündliche Anfragen

7.1 Mündliche Anfrage von Frau Manderla Mögliche Beteiligung der Verursacher an den Beseitigungskosten für illegal entsorgtes Verpackungsmaterial

In Anlehnung an die aktuelle Diskussion rund um die mögliche Besteuerung von im Einzelhandel ausgegebenen Plastiktüten, weist Frau Manderla auf die zunehmende Anhäufung von z.B. Kaffeebechern oder auch Fast-Food-Verpackungsmaterials im Umfeld von z.B. Straßenkreuzungen oder Ortseinfahrtsstraßen hin. Insbesondere in der Sommerzeit sei dieses Problem vermehrt zu beobachten. Sie bitte daher um Einschätzung der Verwaltung, inwiefern diese eine Möglichkeit sehe, die Verursacher, z.B. über die Verhängung einer Entsorgungsbühr, an den entstehenden Reinigungskosten zu beteiligen.

Frau Reker bestätigt bereits vorhandene Überlegungen, z.B. Fast-Food-Ketten an den Reinigungskosten zu beteiligen. Die Voraussetzung hierfür sei jedoch, dass auch ein direkter Zusammenhang hergestellt werden könne. Sie informiert an dieser Stelle über eine ähnlich lautende Anfrage im Umweltausschuss und bittet darum, die Anfragen gemeinsam behandeln zu dürfen. Sie sichert dem Ausschuss die Vorlage einer schriftlichen Beantwortung zu. Der Ausschuss ist einverstanden.

7.2 Mündliche Anfrage von Frau Möller Verteilung der Projektmittel im Büro für Internationale Angelegenheiten

Frau Möller erinnert an eine Mitteilung des Büros für Internationale Angelegenheiten über die Verteilung von Projektmitteln für z.B. Städtepartnerschaften und bittet hier um Vorlage einer entsprechenden Auflistung für das Jahr 2012.

Herr Wolf sichert Frau Möller die Vorlage einer entsprechenden Mitteilung zur nächsten regulären Sitzung des Ausschusses zu.

8 Anträge

9 Platzvergaben

9.1 Rudolfplatz

hier: Antrag des gemeinnützigen Vereins "ikult" Interkultureller Dialog e. V., Niehler Str. 308, 50735 Köln auf Durchführung des Kulturfestivals "Colonia - Anatolia" vom 24.05. - 26.05.2013 (incl. Auf- und Abbauezeiten vom 23.05. - 27.05.2013) auf dem Rudolfplatz 0990/2013

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem gemeinnützigen Verein „ikult“ Interkultureller Dialog e. V., Niehler Str. 308, 50735 Köln den Rudolfplatz zur Durchführung des Kulturfestivals „Colonia - Anatolia“ vom 24.05.2013 – 26.05.2013 (inklusive Auf- und Abbauezeiten vom 23.05.2013 – 27.05.2013) zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig, bei Enthaltung der Fraktion Pro Köln, zugestimmt

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Fortführung des museumspädagogischen Sonderprojekts "Wallraf - der Museumsbus" bis 31.10.2013 0823/2013

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Mittelverwendung zur Finanzierung einer Stelle Museumspädagoge/in VGr. II h.D. BAT (E13 TVöD) beim Museumsdienst der Stadt Köln zur Fortführung des museumspädagogischen Sonderprojektes „Wallraf - Der Museumsbus“ bis zum 31.10.2013. Die Finanzmittel stehen zur Verfügung im Teilplan 0411, TPZ 11 – Personalaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.2 Abschluss einer neu gefassten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bearbeitung von Beihilfeangelegenheiten für die Gemeinde Nettersheim durch die Beihilfekasse der Stadt Köln 0481/2013

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat erklärt sein Einverständnis zum Abschluss der Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (vgl. Anlage) zwischen der Gemeinde Nettersheim und der Beihilfekasse der Stadt Köln zur Übernahme von Beihilfeangelegenheiten der Gemeinde Nettersheim durch die Beihilfekasse der Stadt Köln.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Aufsichtsbehörde oder aus sonstigen Gründen Änderungen des in der Anlage beigefügten Entwurfs der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.3 Weiterführung Kindertagesstätte Escher Straße 152
0736/2013**

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt, ggf. auch ohne Landesmittel, die Kindertageseinrichtung Escher Straße 152 – nach Auszug der derzeitigen Auslagerung – als eigenständige Einrichtung in städtischer Trägerschaft weiter zu führen.

Die zum ordnungsgemäßen Betrieb erforderlichen Stellen sind zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 114.400 € zur Beschaffung der Erstausstattungen aus dem Teilfinanzplan 0603, Kindertagesbetreuung bei Finanzstelle 5100-0603-0-1000, Kindergartenprogramm (U3), Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen im Haushaltsjahr 2013 im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.4 Benennung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses
für anzeigepflichtige Entlassungen der Agentur für Arbeit Köln
0994/2013**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Beratung der Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.5 Wertgrenzenkonzept 2013 - TVgG-Binnenmarktrelevanz 1027/2013

Herr Richter meldet weiteren Beratungsbedarf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an.

Frau dos Santos Herrmann bittet um Aufklärung, warum die Vorlage dem Ausschuss nun so kurzfristig mitten im laufenden Jahr zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Herr Adams erklärt, lt. Beschluss des Rates liefen die derzeit gültigen Wertgrenzen zum 30.04.2013 aus, was eine zeitnahe Beschlussfassung des Ausschusses vor Ablauf dieser Frist erfordere. Er informiert, Ziel der in den Beschlussvorschlag aufgenommenen Regelungen sei es, die Durchführung der unter anderem durch die Vorgaben des TVgG erschwerten Vergabeverfahren für die Anwenderinnen und Anwender übersichtlicher und einfacher zu gestalten. Durch die vorgesehene Abwicklung der Vergaben über die elektronische Vergabeakte sowie die Nutzung des elektronischen Vergabemarktplatzes sollen weitere Optimierungen und vor allem Beschleunigungen der Vergabeprozesse erreicht werden. Neben freihändigen Vergaben, werde so die ausschließliche Durchführung von Öffentlichen Ausschreibungen ermöglicht, ohne dass dies zu einer längeren Dauer der Vergabeverfahren gegenüber Beschränkten Ausschreibungen führen würde.

Frau dos Santos Herrmann bedankt sich für die Information und schlägt vor, lediglich den ersten Satz des als Alternative genannten Beschlussvorschlages zu übernehmen und der Verwaltung damit die Gelegenheit zu geben, die Vergabepattform in Ruhe vorbereiten und dem Ausschuss vor Ablauf des 31.12.2013 die Beschlussvorlage erneut vorlegen zu können.

Frau Manderla erklärt, ihre Fraktion wäre auch bereit, der Verwaltungsvorlage in ihrer eigentlichen Fassung zuzustimmen.

Herr Breite befürchtet, eine dem Beschlussvorschlag abweichende Entscheidung würde eine deutliche Verzögerung der entsprechend der neuen Regelungen zu erwartenden Optimierungen hinsichtlich des Vergabeverfahrens bedeuten. Auf weitere Rückfrage von Herrn Breite informiert Herr Adams, das Wertgrenzenkonzept sei nicht im direkten Zusammenhang mit den gerade in den Bezirken zum Thema Vergabe geführten Gesprächen zu sehen.

Herr Wolter greift Frau dos Santos Herrmanns Vorschlag auf und bittet den Ausschuss um Abstimmung:

geänderter Beschluss:

1. Die bisher geltenden Wertgrenzen des Ratsbeschlusses vom 18.12.2012 gelten maximal bis 31.12.2013 fort.
2. Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss das Wertgrenzenkonzept 2013 bis spätestens zum 31.12.2013 erneut zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.6 Amt für Informationsverarbeitung: Stellenbedarfe 2013 1345/2013

Herr Richter bedankt sich für die ausführliche Darstellung der IT-Bedarfe sowie des Konzeptes. Darüber hinaus meldet er weiteren Beratungsbedarf seiner Fraktion an und schlägt vor, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Herr Wolter greift diesen Vorschlag auf und bittet den Ausschuss um Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Beratung der Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.7 Einleitung eines Satzungsverfahrens zur Festlegung des Gebietes für die Immobilien- und Standortgemeinschaft "IG Kalker Hauptstraße Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)" und Erhebung von Abgaben nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) 1133/2013

Herr Krems begrüßt die Vorlage des Beschlussvorschlages und ergänzt, das Projekt rund um die IG Kalker Hauptstraße, welches er über eine lange Zeit begleiten durfte, empfinde er als interessanten und richtigen Weg. In diesem Zusammenhang möchte er sich bei allen Beteiligten, so auch beim Amt für Stadtentwicklung, Herrn Stüttem und Frau Klocke, für die Unterstützung und ihre Initiative bedanken. Herr Krems appelliert an alle Beteiligten, den Prozess nicht zu behindern und für die Vorlage zu stimmen.

Herr Detjen bittet um Information, inwiefern die beschriebenen Abgaben ggfs. auch auf Vermieter/-innen umgelegt werden können.

Herr Stüttem informiert, sofern der Rat dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folge, werde den Gremien nach Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages eine entsprechende Satzung zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Diese werde keinen Einfluss auf bereits bestehende Mietverträge haben. Darüber hinaus liege es in der Entscheidung der Vermieter/-innen zu prüfen, inwiefern es sich um eine kostenpflichtige Abgabe handele, die nach Auslauf der bestehenden Mietverhältnisse ggfs. auf neue Mieter umgelegt werden könne. Dies sei jedoch eine steuerrechtliche Frage.

Aufgrund ihrer kurzfristigen Vorlage schlägt Herr Wolter abschließend vor, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen und bittet den Ausschuss um Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Beratung der Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.8 Markenprozess Köln 1141/2013

Herr Breite schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen. Ergänzend möchte er jedoch bereits darauf hinweisen, dass die FDP-Fraktion hinsichtlich der Angemessenheit der vorgenommenen Bewertung der einzurichtenden Mehrstellen deutliche Zweifel hege.

Herr Wolter greift Herrn Breites Vorschlag auf, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen, und bittet den Ausschuss um Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Beratung der Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Wolter
stellv. Vorsitzender

Stiens
Schriftführerin